



Vorarlberger LehrerInneninitiative (VLI) erteilt der von SPÖ und ÖVP geplanten Lehrverpflichtungserhöhung eine klare Absage

Unter dem Deckmäntelchen einer dringend notwendigen Dienstrechtsreform darf es nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der LehrerInnen kommen. Das gilt nicht nur für die bereits schon im Dienst stehenden KollegInnen, sondern auch für die angehenden JunglehrerInnen!

„Maßnahmen in Richtung einer Erhöhung der Lehrverpflichtung, die den tatsächlichen Arbeitsanforderungen nicht gerecht werden, sind nicht nur pädagogisch kontraproduktiv, sondern werden auch das Ziel des neuen Dienstrechts, nämlich junge Menschen zum Lehrberuf zu motivieren, verfehlen“, so Manfred Sparr, Obmann der Vorarlberger LehrerInneninitiative!

Die VLI verlangt eine präzise Arbeitsplatzbeschreibung des LehrerInnenberufs und eine dementsprechend angemessene Bezahlung der geleisteten Arbeit. Wenn die erhöhte Lehrverpflichtung für NeueinsteigerInnen mit höheren Einstiegsgehältern gerechtfertigt wird, so wird verschwiegen, dass die Regierung die Lebensverdienstsumme der LehrerInnen einfrieren will!

Gerhard Pusnik, stellvertretender Vorsitzender der VLI: „Ein neues Dienstrecht kann kein Sparpaket sein! Investition in die Zukunft ist Investition in die LehrerInnen.“

Katharina Bachmann, ÖLI-Mandatarin im Zentralausschuss: „Wir brauchen eine ehrliche Bezahlung unserer Tätigkeit, um die Qualität der Schule und die Lebensqualität der Menschen in der Schule zu heben!“

Manfred Sparr, Obmann Unabhängige Vorarlberger LehrerInneninitiative

Rückfragehinweis: Manfred Sparr, manfred.sparr@utanet.at, Telefon: 0664 5262357